

Einst stark, heute geschwächt

Letztjährige Entwicklungen innerhalb der philippinischen Linken

von
Rainer
Werning und
Niklas Reese

Vor 40 Jahren, am 21. September 1972, verhängte der philippinische Präsident Ferdinand E. Marcos das Kriegsrecht über den südostasiatischen Inselstaat. Er begründete dies unter anderem damit, »der kommunistischen Subversion« endgültig einen Riegel vorzuschieben. Als Marcos im Frühjahr 1986 stürzte, zählte die Neue Volksarmee (NPA), die Guerillaorganisation der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), laut Einschätzung US-amerikanischer Militärstrategen mit zirka 30.000 Kombattanten zur »weltweit schnellstwachsenden Guerilla«. Aufgrund harscher innerparteilicher Auseinandersetzungen und verschiedener staatlicher Aufstandsbekämpfungsprogramme ist seitdem zwar der Einfluss der CPP geschwunden. Doch den Regierungen in Manila gelang es nicht, die Partei und ihre Guerilla zu zerschlagen.

Die Spaltung (split)

Anfang der 1990er Jahre brachen heftige politische Differenzen innerhalb der im Frühjahr 1973 gegründeten *Nationalen Demokratischen Front der Philippinen* (NDFP) offen aus. In ihrer bedeutsamsten Mitgliedsorganisation, der CPP, war ein hitziger Streit darüber entstanden, ob die veränderten politischen Rahmenbedingungen (vor allem der Marcos-Sturz und die Amtsübernahme von Corazon C. Aquino im Februar 1986) und eine aufrichtige Analyse eigener Fehler auch zu Veränderungen der politischen Strategie führen müssten.

Zentraler Bezugspunkt der Debatte war das im Jahre 1992 von Armando Liwanag – hinter diesem Pseudonym vermutete(n) philippinische Militär- und Geheimdienststellen José Maria Sison, den Gründungsvorsitzenden der CPP – verfasste Papier *Reaffirm Our Basic Principles and Rectify Our Errors* (Bekräftigt unsere Grundprinzipien und berichtigt unsere Fehler). Darin gestand Liwanag zwar ein, die Bewegung habe manche »Irrtümer« begangen – etwa die »Säuberungsaktionen«. Doch die eigene Gesellschaftsanalyse verliere dadurch nicht an Gültigkeit. Am Avantgardeanspruch der Partei gelte es festzuhalten und ohne eine Revolution in Form des »langwierigen Volkskrieges« sei eine echte Transformation der philippinischen Gesellschaft nicht möglich.

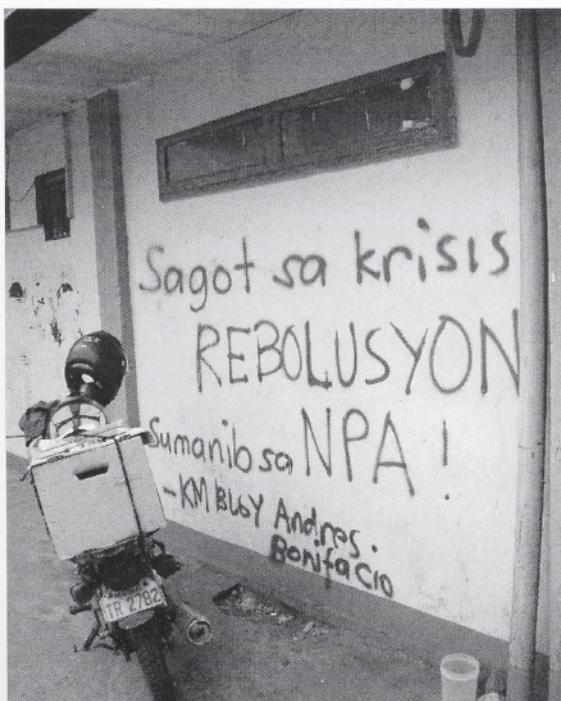
Die Debatte stieß anfänglich auf fruchtbaren Boden. Es gab eine große Bereitschaft zur »Korrektur«, weil viele aus der Bewegung die zunehmende Entwicklungsorientierung, die seit Ende der Diktatur in der Zivilgesellschaft zu verzeichnen war, kritisch beäugten. Viele Aktivist/innen lehnten allerdings –

aus unterschiedlichen Gründen und mit divergierenden alternativen Zielsetzungen – Liwanags Sicht der Dinge ab. Sie verwarfen das Papier und verließen die NDFP. Diese *Rejectionists* (RJ) bildeten seitdem ein vielfältiges Spektrum von Parteien, Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen. Diejenigen, die der im niederländischen Utrecht ansässigen Exilführung der NDFP und dem Liwanag-Papier folgten und den traditionellen Ansatz »bekräftigten«, nannte man seitdem *Reaffirmists* (RA). Es begann ein jahrelanger »Berichtigungsprozess«, bis eine »erneuerte« NDFP entstand.

NGO und Bündnisse spalteten sich fortan und kämpften um beziehungsweise gegen Mitarbeiter, um Büroausstattung, Bankkonten, Geldgeber und die Kontrolle über die Basisorganisationen, mit denen man zusammengearbeitet hatte. Freundschaften zerbrachen, gegenseitige Verleumdungen waren an der Tagesordnung und selbst den Kindern der auf einmal bitter verfeindeten Lager wurde quasi über Nacht verboten, miteinander zu spielen. Die list- wie lust- und humorvolle Zusammenarbeit der Genossen diesseits und jenseits des politischen Untergrunds, die die philippinische(n) Linke(n) jahrelang ausgezeichnet hatte, war auf einmal passé und einer rigorosen Schwarz-Weiß-Malerei gewichen.

RJ, manche von ihnen mitverantwortlich für parteiinterne »Säuberungsaktionen«, kehrten der CPP abrupt den Rücken zu, um fortan akademische Karrieren einzuschlagen oder sich im Rahmen neu gegründeter NGO als Bürgerrechtsakti-

Die Autoren lehren beide als Sozial- und Politikwissenschaftler an der Universität Bonn und in diesen Tagen erscheint das von ihnen gemeinsam herausgegebene Handbuch Philippinen in 4. Auflage (siehe: Literaturhinweise), in dem auch die Langfassung dieses Beitrags enthalten ist.



»Die Lösung der Krise liegt in der Revolution der NPA.«
Foto: Niklas Reese

visten zu engagieren. Nicht wenige Mitglieder der Befreiungsbewegung fanden sich auf einmal mit der Alternative konfrontiert, den neuen Kurs vorbehaltlos zu unterstützen oder ihr jahrelanges, uneingeschränktes Engagement für »die Bewegung« und die damit verbundenen Lebensentwürfe plötzlich zunichte gemacht zu sehen. Zahlreiche NGO wurden auf diesem »Schlachtfeld« zerstört, viele Aktivist:innen kehrten der Arbeit den Rücken. In fast sämtlichen gesellschaftlichen Sektoren (Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Frauenverbänden etc.) entstanden bis zu fünf Parallelorganisationen, die in ihren Analysen des Status quo meist unwesentlich differierten, jedoch mit unterschiedlichen Zielen und Strategien operierten oder auch nur jeweils verschiedenen »politischen Bossen« folgten.

Die Solidaritätsgruppen wurden nach dem *split* von den *Reaffirmists* aufgefordert, sich zu ihnen zu bekennen – nach dem Motto »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«. In nahezu allen europäischen Ländern weigerten sich die Gruppen, dem zu folgen, und erklärten, für alle Seiten offen bleiben zu wollen. Daraufhin suchten sich die RA neue Partner – in Deutschland etwa die *Marxistisch-Leninisti-*

sche Partei Deutschlands (MLPD). In den Philippinen selber haben die *Reaffirmists* jedoch in vielen Regionen die Oberhand und sind gegenüber den *Rejectionists*, deren Hochburg Manila ist, in den Provinzen stärker sozialpolitisch und organisatorisch verankert.

Politische Strategien

Die *Reaffirmists* haben nach der »Korrekturphase« den NGO und Basisorganisationen (erneut) die Rolle zugewiesen, »das Volk« zu politisieren und es von der Notwendigkeit einer »nationaldemokratischen Revolution« zu überzeugen. Das System soll entlarvt und verworfen werden. NGO sollen als Transmissionsriemen dienen, die von Partei und Bewegung für richtig erachtete politische Analysen und Strategien »unters Volk zu bringen« beziehungsweise Kämpfer für die NPA rekrutieren. Daher kritisieren sie seitdem oft die konkrete Projektarbeit. Sie meinen, ein projektorientierter Ansatz, bei dem mit Regierung, Wirtschaft und ausländischen Geldgebern kooperiert wird, könne die Klassengesellschaft

von Niklas Reese und Rainer Werning

■ Ziemlich intime Feinde

Der zu Beginn der 1990er Jahre offen ausgebrochene Konflikt zwischen den Lagern der philippinischen Linken (*reaffirmists* versus *rejectionists*) ist erneut eskaliert. Ausgelöst wurde der Streit diesmal durch das Vorhaben der staatlichen Wahlkommission (Comelec), mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen die so genannten Parteilisten (*party lists*) genau unter die Lupe zu nehmen. Das Parteilistensystem sei zu einem »Witz« verkommen, echauffierte sich Sixto Brillianes, Vorsitzender der Comelec. Daher wolle seine Behörde sicher stellen, dass nur Parteilisten antreten können, die auch wirklich einen in der Gesellschaft marginalisierten Sektor vertreten. Das Gesetz sieht vor, dass 20 Prozent aller zirka 260 Kongressabgeordneten für Kandidat:innen unabhängiger Parteilisten reserviert sind, die sich vorrangig für die Belange der Marginalisierten in der Gesellschaft einsetzen.

Bislang haben insgesamt 289 Parteilisten – darunter 165 das

erste Mal – einen Antrag gestellt, mit ihren Kandidat:innen im Mai 2013 anzutreten. Über 50 Parteilisten wurden bereits von der Comelec disqualifiziert. Etwa die Liste Ang Galing Filipino des Arroyo-Sohns Mikey, der nicht glaubhaft machen konnte, dass er Sicherheitsleute vertritt. Aber auch die Liste Ako Bicol, die 2010 am meisten Stimmen erzielen konnte, wurde disqualifiziert, da sie eine Region, aber keine benachteiligte Gruppe verrete.

Die orthodoxe Linke (*reaffirmists*) hat in diesem Zusammenhang die Comelec aufgefordert, keine halben Sachen zu machen und ebenfalls die moderat-linke Parteiliste Akbayan (*rejectionists*) zu disqualifizieren. Diese verrete weder die Interessen der marginalisierten Sektoren, noch stammten ihre Kandidat:innen aus den Reihen der Marginalisierten. Dabei reklamieren die »echten Linken« (Bulatlat.com, 17.10.2012), die *reaffirmists*, für sich die exklusive Definitionsmacht, darüber zu bestimmen,

welche Positionen den Interessen von Marginalisierten entsprechen und welche nicht.

Hauptkritikpunkt der *reaffirmists* ist, dass Präsident Aquino eine neoliberale Politik betreibt und gleich mehrere Personen aus den Reihen von Akbayan in sein Regierungsteam berufen hat. Dies macht Akbayan für die *reaffirmists* zu »einem integralen Bestandteil der reaktionären herrschenden Clique«, wie es Renato Reyes, Generalsekretär des den *reaffirmists* nahe stehenden politischen Bündnisses Bayan, gegenüber dem *Philippine Star* (30.10.2012) formulierte. Ein Vorwurf, den Akbayan mit dem Verweis auf parlamentarische Aktionen zugunsten marginalisierter Sektoren in den vergangenen vierzehn Jahren entschieden von sich weist. Im Gegenzug behauptete Walden Bello, einer der beiden derzeitigen Parlamentsabgeordneten von Akbayan, die *reaffirmists* seien bloß »neidisch«, verfolgten einen »anachronistischen« Politikan-

nicht überwinden, sondern münde unweigerlich in »NGO-ismus«. Damit wenden sich die *Reaffirmists* gegen einen Ansatz, den etwa die *Popdems* vertreten, welcher der Zivilgesellschaft eine eigenständige Rolle bei der Transformation der Gesellschaft zuweist.

Für die *Popdems* ist die Zivilgesellschaft als wichtiges Experimentierfeld auf dem Weg zur Erringung der Staatsmacht wie auch als weitgehend eigenständiger Bereich zu betrachten, der Staat und Gesellschaft bereichert. Die *Popdems* unterstützen konkrete soziale Kämpfe, in der Hoffnung, dass sie vielfach wirksame »Gegenmacht von unten« in Gang setzen. Für sie scheint die Unterminierung der bestehenden und die Schaffung neuer, autonomer, dezentraler, basisdemokratischer Machtverhältnisse eine tragfähigere Option für gesellschaftliche Veränderung zu sein. Diese müsse sich auch im Bewusstsein der Menschen widerspiegeln. Denn ohne die Emanzipation von ideologischer Bevormundung könne es keine Veränderung geben. Sie wollen »politikfähig« bleiben, wo die großen Strategieentwürfe abhanden gekommen sind und die Idee des einen wahrhaftigen Ansatzes fraglich geworden ist.

Geschwisterkrieg und Parteilisten

Es wäre zu kurz gegriffen, hielte man den *split* bloß für einen Streit um die richtigen Positionen und die Folge politischer und strategischer Uneinigkeiten. Der Konflikt war gleichzeitig ein Streit um Macht, Einfluss, eine Fehde von Personen mit ihren jeweiligen Gefolgschaften. Letztlich ging es auch um die Frage »Wer hat die Deutungshoheit und vermag auf deren Basis die Bewegung zu repräsentieren?« Und dass sich die einen zu diesem und die anderen zu jenem Lager geschlagen und bekannt haben, hat nicht nur ideologische, sondern auch lebensweltliche Gründe und betraf den Erfahrungshorizont ihrer politischen Sozialisation.

Die Verabschiedung des Dezentralisierungsgesetzes (1991) und die Einführung von Parteilisten bei direkten Wahlen (1995) stellten ein neues Instrument dar, auf das politische Geschehen einzuwirken. 1996 hoben *Popdems*, einige Organisationen und Einzelpersonen aus dem RJ-Lager sowie der linke Flügel der *Socdems* die Parteiliste *AKBAYAN* aus der Taufe, die sich mit den hiesigen frühen Grünen vergleichen ließe und über »Fundis« wie auch

satz und wollten mit ihrer Kritik »von ihrem Sturz in die Bedeutungslosigkeit ablenken« (*Philippine Daily Inquirer*, 16.10.2012).

Den reaffirmists ist zudem die Kommunistenhatz ein Dorn im Auge. Ihrer Meinung nach habe die von Akbayan gegen sie öffentlich wiederholt benutzte Formulierung »extreme Linke« dazu beigetragen, dass Militärs im Rahmen staatlicher Aufstandsbekämpfung gerade dieses Etikett nutzten, um Hunderte fortschrittliche und linke Kräfte zu ermorden (Carol Pagaduan-Araullo in *Business World*, 26.10.2012). Tatsächlich hatte General Hermogenes Esperon, einst Generalstabschef der Streitkräfte, Akbayan als »Beispiel einer guten Parteiliste« bezeichnet.

Dass die Schwestern des Präsidenten 2010 den Wahlkampf von Akbayan mit zweistelligen Millionenbeträgen unterstützt haben, gilt (nicht nur den) reaffirmists als weiterer Beweis ihres Vorwurfs. Dabei wird (geflissentlich?) übersehen, dass die Regierungsmitglieder aus den Reihen von Akbayan ihre Ämter in der

Parteiliste niedergelegt, manche sogar ihre Mitgliedschaft aufgekündigt haben. Zudem ist Akbayan kein monolithischer Block mit zentralen Kommandostrukturen und einem »Boss« (*Bulatlat.com*, 17.10.2012), so dass Kritik an der Nähe zu den »Korridoren der Macht« auch parteiintern vernehmbar ist.

Als Anakbayan, die Jugendorganisation der reaffirmists, Mitte Oktober eine Pressekonferenz von Akbayan stürmte, war der Krieg zwischen den zerstrittenen Lagern voll ausgebrochen.¹

Wieder einmal geht es um den »richtigen« Kurs: Ist es für Linke legitim, zu versuchen, das System (auch) von innen zu verändern, indem man Regierungsverantwortung übernimmt und Gesetze zu reformieren versucht, oder gilt einzig die Lösung: Opposition um jeden Preis? Zu Recht kommentierte der Politologe und Publizist Randy David in seiner Kolumne im *Philippine Daily Inquirer* (19.10.2012): »Die herrschende Klasse in diesem Land muss amüsiert sein, wenn sie sieht, wie Akbayan und

Anakbayan, welche die beiden Stränge der philippinischen Linken repräsentieren, um die Krümel kämpfen, die vom Tisch der Mächtigen gefallen sind, anstatt ihre Kräfte zu bündeln, um die schamlose Art und Weise anzugreifen, mit der sich Letztere an der Macht klammern.«

Anmerkung

1. Zur Verwunderung der meisten Filipinos; diese wissen meist nicht, dass und wie sich beide Lager unterscheiden. Deren Einsatz für die Verwirklichung von sozialen Rechten, Geschlechtergerechtigkeit und die Menschenrechte rückt sie in die Nähe von »Linksradikalen« oder gar »Kommunisten«. So musste Edwin Lacierda, der Pressesprecher Aquinos, einen Tag nach der Pressekonferenz erst einmal den Unterscheid zwischen »reaffirmists« und »rejectionists« erklären.



»Stimme nicht für die Kommunisten, die die Nation zerstören werden.« Das Wahlplakat ver-teufelt bildlich die RA Fraktion und setzt sämtliche Parteien mit der NPA gleich.
Foto: Michael Reckordt

»Realos« verfügt. Seit 1998 ist sie im Parlament vertreten. 2010 unterstützte AKBAYAN den Wahlkampf von Noynoy Aquino und so haben heute einige ihrer Galionsfiguren Regierungspositionen inne – etwa als politischer Berater des Präsidenten, als Vorsitzende der Menschenrechtskommission oder als Vorsitzende der Nationalen Armutsbekämpfungsbehörde. Außerdem haben sie zwei Sitze bei den Wahlen gewinnen können.

Das RA-Lager, das die Beteiligung an Wahlen traditionell ablehnte und damit die Tradition der Befreiungsbewegung fortsetzte, erkannte bald, wie erfolgreich AKBAYAN und andere Parteilisten ihre Themen in die Medien bringen und sogar einige Skandale aufdecken konnten, weil sie im Parlament saßen. 2001 traten sie mit einer eigenen Parteiliste, *BAYAN MUNA* (Das Land/Volk zuerst), bei den Wahlen an, die sogleich die meisten Stimmen aller Listen erhielt, weit mehr als für das Maximum von drei Sitzen notwendig gewesen wäre. Bei den folgenden Wahlen traten sie darum mit mehreren Listen an: 2010 waren es eine Arbeiter- und Bauernliste, eine Jugendliste, eine Lehrerliste sowie die Frauenliste Gabriela – und erneut BAYAN MUNA. Insgesamt erhielten sie sieben Sitze.

Die Konkurrenz bei den Parteilistenwahlen verschärfte auch Feindseligkeiten zwischen den Blöcken, begleitet von gegenseitigen Beleidigungen und Schmutzkampagnen. Diese Animosität schlägt zuweilen auch in offene Gewalt um. Mitglieder von AKBAYAN wurden bei Wahlen von NPA-Soldaten daran gehindert, in Gebieten, die von der NPA kontrolliert werden, Wahlkampf zu betreiben.¹ Mehrere Führungspersonlichkeiten der RJ wurden zwischen 2001 und 2004 von der NPA im Rahmen ihrer »Volksgerichtsbarkeit« ermordet.

Nichtsdestotrotz geht die Hauptgefahr für Leib und Leben für als »links« und zugleich als »kommunistisch« geltende Aktivist/innen von den staatlichen »Sicherheitskräften« und lokalen Warlords aus. Zwischen 2001 und 2010 ist es zu über 1.100 politischen Morden gekommen, deren Opfer überwiegend Aktivist/innen aus dem RA-Spektrum waren.

Geschwächte Linke

»Es ist der breiten philippinischen Linken zu verdanken, dass Themen, die einst als »links« betrachtet wurden – wie Schuldendienst, Handelsliberalisierung, Landreform und ausländische Investitionen usw. – heute als Teil des nationalen Bewusstseins von den Medien und sogar von Politikern im Parlament behandelt und debattiert werden«, konstatierte der Politikwissenschaftler Roland Simbulan, selbst ein bekennender Linker. Bei konkreten Anliegen, Analysen und Forderungen liegen dabei die Positionen der linken Spektren oft gar nicht weit auseinander. Ihr Ziel, die Gesellschaft grundlegend zu transformieren, eint sie ebenfalls. Unter all jenen, die nicht dem RA-Spektrum angehörten, hat in den vergangenen Jahren darum auch ein Verständigungsprozess eingesetzt, der zu einer punktuell intensiven Zusammenarbeit führte. Der Graben zwischen RA und Non-RA ist jedoch bis auf wenige Ausnahmen noch so tief wie eh und je, auch weil die RA ein Monopol des revolutionären Kampfes für sich reklamieren und einzig sich selbst als links gelten lassen.

Dieser innerlinke Konflikt absorbiert viel Energie und schwächt insgesamt den Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Das kommt jenen zugute, die den Status quo aufrechterhalten wollen. Außerdem wurden bestimmte Räume, die zuvor die Linke besetzt hatte, vom religiösen Sektor oder der charismatischen Rechten übernommen, so der Soziologe Randy David: »Weil wir unfähig sind, unser dogmatisches Vokabular durch ein neues zu ersetzen, und weil wir zu zersplittert sind, können diese Gruppen viel erfolgreicher Menschen mobilisieren. Die Linke verliert an Bedeutung, weil sie sich weigert, sich an den neuen Realitäten zu orientieren.«

Anmerkung

1. Die NPA erteilt in den von ihr kontrollierten Gebieten in Wahlkampfzeiten gemeinhin »Genehmigungen« (*permit to campaign*). Sie dienen ebenso wie die »Revolutionssteuern« (jährlich geschätzte 100 Mio. Peso), die sie von Geschäftsleuten, Landbesitzern und Lokalpolitikern vor Ort eintreiben, der Finanzierung ihres bewaffneten Kampfes und der sozioökonomischen Projekte vor Ort. Diese Form der Finanzierung hat an Bedeutung gewonnen, nachdem das RA-Spektrum nach dem *split* den Zugang zu ausländischen Finanzquellen verloren hat.